01.03.2022

VERSCHULDUNG

## Verschuldung

Verschuldung gibt es in Gesellschaft und Wirtschaft sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene: Sowohl Individuen oder einzelne Unternehmen können sich verschulden als auch ganze Staaten und – seit dem Next Generation EU-Paket – übergeordnete supranationale Entitäten wie die Europäische Union.

Es gibt viele gute Gründe für Verschuldung. Meistens können weder Einzelne noch das Gemeinwesen große Vorhaben ohne Kredite durchführen. Auf individueller Ebene kann die Aufnahme von Fremdkapital z. B. für Investitionen eingesetzt werden, die man sonst nicht hätte tätigen können; das gilt im privaten Bereich für den Hausbau genauso wie für ein Unternehmen, das in eine neue Halle oder eine neue Maschine investiert. Staaten verschulden sich unter anderem wegen steuer- oder konjunkturglättender Effekte, oder um öffentliche Güter bereitzustellen, die auch zukünftigen Steuerzahlenden zu Gute kommen.

Doch Verschuldung birgt auch viele persönliche und gesellschaftliche Risiken. Überschuldung und Verbraucherinsolvenzen, Unternehmenspleiten, Staatsinsolvenzen, und eine zunehmend nationalen fiskalischen Interessen untergeordnete Geldpolitik sind nur einige Beispiele dafür, welche Problemlagen und Machtgefüge beim Thema Verschuldung mitzudenken sind. Angesichts stetig steigender Staatsverschuldung muss konsequent die Frage von Generationengerechtigkeit erörtert werden. Der ehemalige Ratsvorsitzende der EKD, Wolfgang Huber, sagte dazu: "[Das Geld] beherrscht die Politik, die angesichts des Ausmaßes der öffentlichen Verschuldung nur deshalb überlebt, weil Institutionen nicht zum Selbstmord fähig sind und man sich auf die Zwangsmitgliedschaft auch der nächsten Generation im Staat verlässt." (Vortrag "Gott und Geld: Christliche Ethik und wirtschaftliches Handeln",

www.ekd.de/071019 huber muenchen langenscheidt.htm).

Das Thema Verschuldung wird im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung kontinuierlich in verschiedenen Formaten und Kontexten aufgerufen.

© 2023 - Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN